

+++ Folter +++ Mord +++ Verschwindenlassen +++ Einkerkierung +++ Desinformation +++

SCHLUSS mit der Repression in Mexiko!

Für Menschenrechte und Demokratie!

Die politischen Verhältnisse in Mexiko sind schockierend. Seit Monaten ist die gesellschaftliche Situation extrem angespannt. Auf die zunehmenden legitimen Proteste der benachteiligten Bevölkerungsgruppen reagieren Staat und lokale Machthaber mit massiver Gewalt. Der Druck auf die große Mehrheit der Menschen hält an, denn auch der seit dem 1. Dezember 2006 amtierende Präsident Felipe Calderón steht für eine extrem konservative und ausgrenzende Politik zugunsten der Eliten. Teile seiner Regierungspartei der Nationalen Aktion (PAN) sind Angehörige der rechtsextremen Geheimorganisation „El Yunque“ (Der Amboss). Die Lage droht weiter zu eskalieren.

OAXACA - ein ganzer Bundesstaat erklärt den Gouverneur für abgesetzt



Im südlichen Bundesstaat Oaxaca gibt es seit Jahren Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen. Vor allem indigene Gemeinden, die nach mehr Mitbestimmung suchten, wurden von staatlichen Organen immer wieder brutal angegriffen. Eine Vielzahl sozialer AktivistInnen wurde kriminalisiert und verschwand im Gefängnis - politische Gefangene, die das "Verbrechen" begangen, für ihre elementaren Rechte zu kämpfen.

Am 22. Mai 2006 begannen LehrerInnengewerkschaften und Basisorganisationen aus Oaxaca eine Besetzung des historischen Zentrums der gleichnamigen Landeshauptstadt, um gegen diese Verhältnisse und für bessere Bedingungen im Bildungssektor zu demonstrieren. Nachdem gegen die DemonstrantInnen am 14. Juni äußerst brutal vorgegangen wurde - es gab rund 100 Verletzte -, wurde Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz von einem Großteil der

Bevölkerung für abgesetzt erklärt. Inzwischen haben sich noch mehr Bevölkerungsteile den Protesten angeschlossen. Ihre Hauptforderung ist - neben der Freilassung der politischen Gefangenen - der Rücktritt des Gouverneurs, der für unzählige Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird.

Der Zuwachs an Dörfern, Gewerkschaften und Gruppen, die nun in der Bewegung mitmachen, hat dazu geführt, dass die "Volksversammlung von Oaxaca" (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca - APPO) von 350 Organisationen gegründet wurde. Seit Juli findet ein explizit friedlicher Aufstand statt, der sich zu einer regelrechten Revolution ausgeweitet hat. Die Bewegung ging von der bloßen Blockade der alten Regierung zur Ausgestaltung einer neuen, basisdemokratischen Regierungsform über.

Doch die alte Regierung des Gouverneurs greift auf verdeckte, paramilitärische Aktionen zurück und lässt AktivistInnen attackieren, foltern und ermorden. Die Bundesregierung Mexikos wurde aufgefordert, den Gouverneur abzusetzen. Doch sie solidarisierte sich mit Ruiz Ortiz und entsandte über 3.500 Polizisten der „Präventiven Bundespolizei“ (PFP) - eine militärisch aufgebaute Spezialeinheit -, die den Bundesstaat regelrecht okkupierte.

Vom 14. Juni bis zum 3. Dezember waren aufgrund der Repression bereits mindestens 15 Tote und Hunderte von Verletzten, Folteropfern, Inhaftierten und Verschwundenen zu beklagen. Oaxaca steht am Rande eines Bürgerkrieges. Unabhängige Menschenrechtsorganisationen fordern eine friedliche Verhandlungslösung, doch die Regierung scheint daran nicht interessiert und verstärkt seit Ende November die Repression. Sie zwingt so eine zivile Protestbewegung in den Untergrund.

CHIAPAS, ATENCO... - weitere Schauplätze staatlicher Gewalt gegen soziale Proteste

Die Kleinstadt Atenco wurde am 4. Mai 2006 von 3.500 schwer bewaffneten Polizisten angegriffen. Das "Vergehen": engagierte BürgerInnen hatten tags zuvor in entschlossener Weise BlumenhändlerInnen der Nachbarstadt beigestanden, die ihre Ware auf dem lokalen Markt verkaufen wollten und sich damit gegen die Pläne der Regierung wehrten, an dieser Stelle einen Supermarkt zu errichten. Die AktivistInnen aus Atenco, die in der "Gemeindefront zur Verteidigung der Erde" (FPDT) organisiert sind, blockierten eine Hauptstraße, woraufhin die Polizei die gesamte Ortschaft äußerst brutal angriff. Bei dem auch international kritisierten Vorgehen der Staatsgewalt starben zwei Menschen. Über 200 Personen wurden inhaftiert und gefoltert. Frauen wurden systematisch misshandelt und vergewaltigt. SpezialistInnen sprechen von psychologischer Kriegsführung seitens der Regierung. Bis heute sind 29 Menschen inhaftiert. Die verantwortlichen "Sicherheitskräfte" wurden noch immer nicht zur Verantwortung gezogen.



Unabhängige Menschenrechtsorganisationen vertreten die Einschätzung, dass die Gemeinde gezielt attackiert wurde, denn sie sei der Obrigkeit zu rebellisch, da sie sich 2002 erfolgreich gegen den Bau eines neuen Großflughafens für Mexiko-Stadt gewehrt habe und mit den Zapatistas sympathisiere.

Verantwortlich für die schweren Menschenrechtsverletzungen sind Gouverneur Enrique Peña Nieto (PRI) und sein berüchtigter Helfershelfer Wilfredo Robledo von der Staatlichen Sicherheitsagentur ASE, ein Freund des bis zum 1. Dezember amtierenden und mitverantwortlichen Präsidenten Vicente Fox (PAN).

Im südlichsten Bundesstaat Chiapas, der zugleich einer der ärmsten ist, wurde Anfang August eine indigene Gemeinde gewaltsam von der Polizei geräumt. Die Bauernfamilien der Gemeinde Chol de Tumbala sind Zapatistas. Seit dem 1. Januar 1994 kämpfen die Zapatistas, organisiert in der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) gegen Ausbeutung und Unterdrückung - für Würde, Freiheit und Gerechtigkeit. Nachdem sie 14 Tage bewaffnet kämpften und Land von Großgrundbesitzern besetzten, streiten sie nun seit über 12 Jahren mit zivilen Mitteln und wachsender Selbstorganisation für ihre Ziele. Sie haben ihre eigene Widerstandsgeschichte schreiben können, in der sie zu einer wichtigen sozialen Kraft des Landes wurden. Regierung und Kaziken antworten seit 1994 mit Gewalt auf diese basisdemokratische Bewegung.

Für die Taten und Repressionen verantwortlich gemacht werden Gouverneur Pablo Salazar und Präsident Vicente Fox, der bis zum 1. Dezember 2006 amtierte. Repression wie diese taucht immer wieder auf - doch nur selten kann sie dokumentiert und belegt werden.



WIDERSTAND IN MEXIKO & GLOBAL: DIE "ANDERE KAMPAGNE"



Im Juni 2005 veröffentlichte die EZLN die "Sechste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald". Darin kündigte sie eine neue Phase ihres politischen Kampfes an: Die Zapatistas wollen in einem mehrjährigen Prozess eine landesweite außerparlamentarische Linksallianz aufbauen, um schließlich eine neue, antikapitalistische Verfassung für Mexiko zu erarbeiten und zum Wohle aller Marginalisierten des Landes durchzusetzen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist arm, etwa ein Viertel leidet unter extremer Armut. In Abgrenzung zu den politischen Parteien nennen die Zapatistas ihre Mobilisierung die "Andere Kampagne". Den völligen Bruch mit den etablierten Parteien begründen sie damit, dass alle großen Parteien das neoliberale Projekt weiterführten und nur zugunsten einer privilegierten Elite und transnationaler Konzerne regierten. Der Aufruf stieß auf große Resonanz und Anfang 2006 waren bereits über 1.000 Organisationen in den Prozess involviert. Die Pluralität des Bündnisses ist beachtlich: neben ArbeiterInnen- und BäuerInnenorganisationen finden sich Indígena-Zusammenschlüsse, Frauenorganisation, Umweltgruppen, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Netzwerke von SexarbeiterInnen, SchülerInnen, StudentInnen, unabhängige Medien- und Kunstkollektive etc. zusammen. Die "Andere Kampagne" ist ein spannender sozialer Prozess, denn im Gegensatz zu vielen Bewegungen setzt sie explizit nicht auf eine Übernahme der Staatsmacht, sondern auf eine Gesellschaft, die auf Basisorganisation aufbaut. Darüber hinaus vernetzen sich die AktivistInnen mit Gruppen aus aller Welt, um auf globaler Ebene gegen den Neoliberalismus zu kämpfen. Doch immer wieder und in verschiedenen Bundesstaaten werden die AktivistInnen der Kampagne angegriffen. Diese demokratische Bewegung scheint eine Bedrohung des "status quo" in Mexiko zu sein...

Wir fordern:

*Schluss mit der Repression! Die Einhaltung der Menschenrechte!
Die strafrechtliche Verfolgung der für Folter und Mord Verantwortlichen!*

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

*Solidarität mit den legitimen Forderungen der sozialen Bewegungen
in Atenco, Chiapas, Oaxaca und im Rest des Landes!*